

Einstimmig gegen eine Fusion mit Stromberg

Entscheidung Parteien im Verbandsgemeinderat Langenlonsheim sind sich einig: Zusammenlegung hätte nur Nachteile

Von unserer Reporterin
Christine Jäckel

■ **Langenlonsheim.** Die Mitglieder des Verbandsgemeinderates Langenlonsheim haben sich einstimmig gegen den Vorschlag des Landes ausgesprochen, eine Fusion mit der Nachbarverbandsgemeinde Stromberg einzugehen. An der Sitzung im Langenlonsheimer Rathaus nahmen auch etliche Gäste aus Stromberg teil, darunter Bürgermeisterin Anke Denker. Sie hatte vorab mit diesem Abstimmungsergebnis gerechnet, gleichzeitig aber auf eine sachliche Diskussion gehofft.

In kurzen Stellungnahmen begründeten die Vertreter der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Freie Liste, warum sie sich derzeit gegen die Fusion aussprechen: Zum jetzigen

Zeitpunkt sehen die Langenlonsheimer Kommunalpolitiker nur Nachteile in der vom Land vorgeschlagenen Fusionsvariante.

Und das nicht nur wegen der Schulden: Wie der Kämmerer errechnet hat, beträgt die Gesamtverschuldung der VG Stromberg – den Gewerbepark Waldlaubersheim außen vor gelassen – mehr als sieben Millionen Euro. Weitere Punkte auf der Negativseite sind der mögliche Unterhaltungssatz und die Finanzschwäche verschiedener Ortsgemeinden im Stromberger Verbund.

Keine Pro-Argumente genannt

Weiteres Gegenargument wäre der dann notwendige kostenintensive Neubau eines Rathauses, da weder das Verwaltungsgebäude in Langenlonsheim noch das in Stromberg bei einer Zusammenlegung

beider Gebietskörperschaften groß genug wäre. Gründe für eine Fusion mit den Strombergern findet das Langenlonsheimer Gremium dagegen nicht.

Alfons Lorsbach (CDU) wies darauf hin, dass eine Absichtserklärung des Stromberger VG-Rates zur Fusion noch aussteht. Außerdem vermisste man die Beteiligung der Bürger und Mandatsträger im Neuordnungsprozess.

Für die Sozialdemokraten sind noch viele Fragen offen, wie eine solche Fusion vonstattengehen könnte. „Wir erwarten vom Land eine Vorstellung der Rahmenbedingungen“, sagte Herbert Dietz.

„Solche weitreichenden Entscheidungen müssen unserer Meinung nach in Ruhe und möglichst einvernehmlich getroffen werden“, wandte sich Bernhard Wolf von der Freien Liste gegen eine Fusion im

Hauruckverfahren. Wolf sieht das Land in der Pflicht, neue Lösungsvorschläge zu unterbreiten, die auch vor Kreisgrenzen nicht halt machen.

Kurt Römer von den Grünen schlug eine gemeinsame Sitzung der beiden Verbandsgemeinderäte vor und sieht eine Option in der Aufteilung der Gemeinden auf verschiedene Verbandsgemeinden.

Droht die Zwangsfusion?

Michael Stolpp von den Liberalen schätzte die Aussichten für eine Ausgleichszahlung des Landes gering ein: „Das Land hat sich noch nie Großzügigkeit nachsagen lassen.“ Die große Resonanz auf den Vorstoß des Landes in der Bevölkerung zeige, dass die Bürger gehört werden wollen, betonte Stolpp. „Man kann die Braut nicht schön gerufen machen, wenn die Kosten

nicht stimmen“, so die Dorsheimer Ortsbürgermeisterin Marlene Hölz. Eine übergestülpte Fusion eins zu eins wäre aus ihrer Sicht „ein heftiger Schlag“ für die Langenlonsheimer Ortsgemeinden, die große Anstrengungen unternommen hätten, um schuldenfrei zu werden.

Bürgermeister Michael Cyfka (CDU) griff das in allen Statements hörbare „So nicht, aber“ mit der Bemerkung auf, dass keineswegs nur das Mittel Zwangsfusion bleibt. „Es gibt auch Beispiele im Land für Fusionen über Kreisgrenzen“, sagte Cyfka. Er sieht bei einer Zwangsfusion die Gefahr, dass alte Fehler im Zuge einer Neubildung von Verwaltungseinheiten wiederholt werden. „Vier Ortsgemeinden aus der VG Stromberg könnten wir gut verkraften, ohne neu bauen zu müssen“, sagte Cyfka im Anschluss an die Sitzung.

Leserbriefe

Fusion Synergieeffekte für die Verbandsgemeinden Langenlonsheim und Stromberg beschreibt dieser Leser

„Die Bürger sollten das letzte Wort haben“

Seit Kurzem wird die Fusion der größeren und wirtschaftlich stärkeren VG Langenlonsheim und der kleineren VG Stromberg kontrovers diskutiert. Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass das Land mehr Verwaltungseffizienz durch Reduktion der Verbandsgemeinden realisieren will – zunächst innerhalb der bestehenden Kreisgrenzen. Nach meinem Verständnis sollten die Bürger beider Verbandsgemeinden das letzte Wort haben, gegebenenfalls durch Fragebogenaktionen. Vorher muss eine umfassende Aufklärung erfolgen. Dazu drei Gesichtspunkte:

Wenn man die beiden Verbandsgemeinden betrachtet, dann erkennt man, dass beide topografisch zusammengehören, dass sich eine schlanke in Ost-West-Richtung erstreckende VG quasi parallel zum Guldenbachtal ergibt, sodass der Name „VG Guldenbachtal“ ins Schwarze trifft. Unter Einbeziehung des parallel verlaufenden Troll-

bachtals wären sämtliche Orte in natürlicher Weise miteinander verbunden. Insbesondere wären die Orte auf beiden Seiten des oberen Guldenbachtals auch verwaltungstechnisch zum Nahetal geöffnet, was den natürlichen Gegebenheiten entspricht.

Auch in verkehrlicher Hinsicht wären die Orte der neuen VG über die parallel verlaufende A61 optimal verbunden. Weitere Pro-Argumente: Das bisher am jeweiligen Rand liegende Gewerbegebiet Waldlaubersheim würde ins Zentrum der neuen VG rücken. Schließlich sollte gesehen werden, dass der Luftkurort Stadt Stromberg im Zentrum der VG erhebliche touristische Perspektiven bietet.

Da eine Änderung des Status quo immer einen Einschnitt bedeutet, sind Widerstände programmiert. Auch kann die stärkere Seite befürchten, dass sie finanzielle Nachteile haben könnte. Abgesehen davon, dass das Funktionieren unseres

demokratischen Gemeinwesens erfordert, dass ichbezogenes Denken und Handeln in vernünftigen Grenzen bleibt, gehe ich davon aus, dass die Fusionskosten das Land übernimmt und dass die Bürger der stärkeren VG keine Beeinträchtigungen haben, etwa dadurch, dass öffentliche Gelder für Schwimmbäder ausreichend zur Verfügung stehen. Unter diesen Voraussetzungen sehe ich durch die Fusion eine Win-win-Situation.

Abschließend könnte das Argument ins Spiel kommen, die Sache zu verzögern, bis eine große Verwaltungsreform mit offenen Kreisgrenzen möglich ist. Im Hinblick auf die Argumente für eine Fusion in der vorliegenden Form scheint dies nicht sinnvoll. Dann ergeben sich ganz andere Konstellationen, etwa eine kreisfreie Stadt Bad Kreuznach mit Eingemeindung umliegender Orte wie zum Beispiel Bretzenheim.

**Prof. Dr. Hans-Georg Kämpf,
Windesheim**